

II-2698 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

IV. Beilage - Anfrage 2

**DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

z1. 10.000/49 - Parl/77

10.07.1977

An die
PARLAMENTSDIREKTION
Parlament
1017 Wien

1250/AB
1977-08-01
zu 1270/J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage
Nr. 1270/J-NR/77, betreffend eine Fortbildungsveranstal-
tung, die die Abgeordneten Dr.SCHNELL und Genossen am
20. Juni 1977 an mich richteten, beehre ich mich wie
folgt zu beantworten:

ad 1 und 2)

Die durch die Rundschreiben Nr. 155/1974
und 106/1975 meines Ministeriums getroffenen Regelungen
bezüglich der Teilnahme von Lehrern an Lehrerfortbil-
dungsveranstaltungen beziehen sich auf dienst- und
besoldungsrechtliche Aspekte der Freistellung von Lehrern
zur Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen, haben aber
keinen weiteren Bezug auf die Fortbildungsveranstaltungen
selbst. Selbstverständlich stehen Fortbildungsveranstal-
tungen, die vom Bundesministerium für Unterricht und
Kunst oder den Landesschulräten oder von speziellen Ein-
richtungen dieser Stellen durchgeführt werden, den teil-
nehmenden Lehrern kostenlos zur Verfügung. Auf die Ver-
anstaltungen anderer Einrichtungen (z. B. Verbände,
Vereinigungen) nehme ich hinsichtlich ihrer thematischen
Gestaltung und ihrer Finanzierung keinen Einfluß, auch

- 2 -

dann nicht wenn sie gemäß der zitierten Rundschreiben als Lehrerfortbildungsveranstaltungen anerkannt oder genehmigt werden. Ich halte es für selbstverständlich, daß auch solche Veranstaltungen den Lehrern kostenlos zur Verfügung stehen.

ad 3 und 4)

Es ist meine Auffassung, daß für Fortbildungsveranstaltungen, die als offene Veranstaltungen ausgeschrieben werden und für die eine Anerkennung als Lehrerfortbildungsveranstaltung angestrebt wird, von den Teilnehmern an dieser Veranstaltung eine Mitgliedschaft bei einer politischen Partei nicht erfragt werden darf. Von der Vereinigung für Politische Bildung/Politische Akademie in 1120 Wien, Tivoligasse 73, wurde mir im Hinblick auf die gegenständliche Anfrage mitgeteilt, daß die Erfragung der Parteizugehörigkeit nur bei Anmeldungen zu Seminaren für Parteifunktionäre erfolgt, nicht aber bei offenen Seminaren, also solchen, die unter bestimmten Voraussetzungen als Lehrerfortbildungsveranstaltungen anerkannt werden. Durch ein Kanzleiversehen in der genannten Politischen Akademie wurden aber für eine Veranstaltung, die als Lehrerfortbildungsveranstaltung anerkannt war, falsche Anmeldeformulare an die Interessenten für dieses Seminar ausgesandt.

Herrnog